

Monitor Ordnungspolitik

Die Soziale Marktwirtschaft: Kompass für aktuelle Herausforderungen

Welche Parteien halten Kurs?

02 | Europapolitik



02 | Europapolitik

Zentrale Punkte

- Die Normen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geben in aktuellen Debatten einen klaren Kurs vor. Doch nicht alle Parteien halten diesen Kurs.
- Die Parteipositionen zum Thema Europapolitik unterscheiden sich stark. Hauptursache dafür ist die unterschiedliche Priorisierung von Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip.
- In der Sozialen Marktwirtschaft nach Freiburger Schule, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard hat Subsidiarität stets Vorrang vor Solidarität.
- Die europäische Integration ist im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, solange das Subsidiaritätsprinzip gewahrt wird. Die Vergemeinschaftung von Schulden und eine europäische Sozialunion sind nicht mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar.

Einleitung

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bewährt. Parteien und Verbände bekennen sich zu ihr und berufen sich auf deren „Gründerväter“, um ihre politischen Forderungen zu untermauern.

Das stiftet Verwirrung – denn die Soziale Marktwirtschaft dient als Argumentationsgrundlage für teils widersprüchliche Forderungen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wofür die Soziale Marktwirtschaft eigentlich steht. Welche wirtschaftspolitischen Positionen sind im Einklang mit den Grundwerten und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft? Und wie lassen sich die teils widersprüchlichen Forderungen in ihrem Namen erklären?

Die Reihe *Monitor Ordnungspolitik* beantwortet diese Fragen. Die Analyse fokussiert sich auf die drei Themengebiete, bei denen die Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien am deutlichsten hervortreten: Freihandel, Europa- und Haushaltspolitik. Der **zweite Teil** analysiert die unterschiedlichen Parteipositionen zum Thema **Europapolitik** und untersucht, welche Leitlinien das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorgibt.

Europapolitik: Subsidiarität vor Solidarität

Parteipositionen im Vergleich

Auch die europapolitischen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien unterscheiden sich stark. Hauptursache hierfür ist die **unterschiedliche Priorisierung des Subsidiaritäts- bzw. Solidaritätsprinzips**.

Union, FDP und AfD berufen sich auf das Subsidiaritätsprinzip bzw. die Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten.¹ Alle drei Parteien schließen die Vergemeinschaftung von Schulden aus und beschwören die Einhaltung der gemeinsamen Regeln, etwa des Stabilitätspakts. Allerdings gibt es unter Union, FDP und AfD unterschiedliche Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die Union ist bereit, die Eurozone mit Frankreich weiterzuentwickeln. Zudem möchte die Union die anderen Mitgliedsstaaten beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit solidarisch unterstützen.² FDP und AfD erteilen einer europäischen Arbeitslosenversicherung eine klare Absage. Die AfD fordert gar den Austritt Deutschlands aus der Währungsunion, die Wiedereinführung einer deutschen Währung und die Rückgabe der EU-Kompetenzen an die Nationalstaaten.³

Auch für Bündnis 90/Die Grünen ist das Subsidiaritätsprinzip Grundlage für die Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Union⁴. Allerdings scheinen die Grünen das Subsidiaritätsprinzip anders zu interpretieren, da sie sich für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und eines vom Europäischen Parlament kontrollierten Europäischen Währungsfonds einsetzen.⁵

Bei SPD und DIE LINKE findet das Subsidiaritätsprinzip keine Erwähnung. Stattdessen steht das Solidaritätsprinzip im Vordergrund. Die SPD fordert die Einführung einer europäischen Sozialunion und die Einrichtung einer Wirtschaftsregierung.⁶ DIE LINKE hingegen fordert eine „soziale und demokratische Alternative zu dieser neoliberalen EU“.⁷ Als einzige Partei spricht sich DIE LINKE offen für die Vergemeinschaftung von Schulden aus und befürwortet einen Schuldenschnitt für Griechenland sowie die Einrichtung einer europäischen Schuldenkonferenz, die den am stärksten verschuldeten Ländern einen Ausweg eröffnet.⁸

Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft für die Europapolitik

Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft waren Befürworter der europäischen Integration. Ludwig Erhard schrieb schon in seinem Klassiker *Wohlstand für Alle*: „Die Integration Europas ist notwendiger denn je, sie ist geradezu überfällig“.⁹ Dieses Urteil ist angesichts der Herausforderung der Globalisierung aktueller denn je: **nur gemeinsam können sich die Mitgliedsstaaten im globalen Wettbewerb behaupten**.

Allerdings sollte das **Subsidiaritätsprinzip** dabei **Vorrang** vor dem Solidaritätsprinzip haben. Ziel sind nicht die „Vereinigten Staaten von Europa“ mit einem europäischen Staat und einer europäischen Wirtschaftsregierung, sondern eine Europäische Union souveräner Staaten. In *Wohlstand für Alle* lehnt Erhard ausdrücklich die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung, die europaweite Harmonisierung der Lohnkosten und die Vergemeinschaftung von Schulden ab:

„In der praktischen Konsequenz muss ein solcher Wahn [der Harmonisierung] naturnotwendig zur Begründung sogenannter „Töpfchen“ führen, das heißt von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepöppelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere – aus welchen Gründen auch immer – subventioniert.“¹⁰

In der Tat würden die Vergemeinschaftung von Schulden und die europäische Sozialunion nicht nur gegen die Leistungsgerechtigkeit, sondern auch gegen das Haftungs- und das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. **Stattdessen sollte der freie Wettbewerb im Rahmen des Binnenmarktes zu den notwendigen Angleichungen führen.** Der freie Wettbewerb ist Anreiz für schwächere Mitgliedsstaaten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Die solidarische Unterstützung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wäre allerdings im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft – solange diese Unterstützung nicht die Form eines „Töpfchens“ annimmt. Zum einen tragen die betroffenen Jugendlichen wenn überhaupt nur indirekt Schuld an ihrer Situation. Zum anderen ist ein solidarisches Eingreifen zulässig, wenn sich die betroffenen Mitgliedsstaaten nicht selbst aus der Jugendarbeitslosigkeit zu helfen vermögen. Konkrete Maßnahmen könnten hier die Förderung der Arbeitskräftemobilität oder Unterstützung bei der Adaption des dualen Ausbildungssystems sein.¹¹ Von einer europäischen Arbeitslosenversicherung in Form von grenzüberschreitenden Finanztransfers in einen europäischen Fonds ist jedoch aus den oben genannten Gründen abzuraten.

- 1| CDU & CSU (2017) *Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021*: 57; FDP (2017) *Denken Wir Neu*: 109; Alternative für Deutschland (2017) *Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*: 7.
- 2| CDU & CSU (2017) *Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021*: 57.
- 3| Alternative für Deutschland (2017) *Programm für Deutschland: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*: 14–16; Alternative für Deutschland (2016) *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*: 17, 20.
- 4| Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht*: 69.
- 5| Bündnis 90/Die Grünen (2017) *Zukunft wird aus Mut gemacht*: 73, 74.
- 6| SPD (2017) *Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit*: 96, 98.
- 7| DIE LINKE (2017) *Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE*: 102.
- 8| DIE LINKE (2017) *Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE*: 104.
- 9| Erhard, L. (1957) *„Wohlstand für Alle“* (Düsseldorf: Econ-Verlag): 283.
- 10| Vgl. Ludwig-Erhard-Stiftung (2017) *Europäische Integration – Europa: Institution? Kooperation? Integration?* <http://www.ludwig-erhard.de/stichworte/europa-institution-kooperation-integration/> (Zugriff am 29.03.2018).
- 11| Köster, T. (2017) *„Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Eine europäische Verantwortung“*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Analysen & Argumente*, Ausgabe 269. http://kasnet.kas.de/db_files/kas/dokumente/analysen_und_argumente/7_dokument_dok_pdf_49667_1.pdf (Zugriff am 19.04.2018); Köster, T. (2017) *„EU-Jugendgarantie: Ein unvollendetes Versprechen“*, Adenauer-Campus. <https://www.adenauer-campus.de/eu-jugendgarantie> (Zugriff am 19.04.2018).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Martin Schebesta

Koordinator für Grundsatzfragen der Ordnungspolitik
und Sozialen Marktwirtschaft
Hauptabteilung Politik und Beratung

Tel. 030/26996-3595
Martin.Schebesta@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/
Berlin



Diese Publikation/Der Text dieses Werkes ist lizenziert
unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter:
[https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-
code.de](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de))

Umschlagfoto:

MicroStockHub, iStock

Gestaltung und Satz:

Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-3-95721-441-6

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung



Deutschland
Das nächste Kapitel